

# **Schlussfolgerungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zum Informellen Ministertreffen zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt**

**Leipzig, den 24. und 25. Mai 2007**

---

Auf Einladung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft fand am 24. und 25. Mai 2007 in Leipzig das informelle Ministertreffen zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt statt. Am 24. Mai 2007 tagten die für Stadtentwicklungspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister und am 25. Mai 2007 die für Raumentwicklungspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister. An den Sitzungen nahmen auch der Vizepräsident der Europäischen Kommission und zugleich EU-Kommissar für Verkehr, die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Vertreter des Europäischen Parlaments, der Präsident des Ausschusses der Regionen, der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Vertreter der Europäischen Investitionsbank und der Entwicklungsbank des Europarates und Vertreter der OECD teil. Ferner begrüßte der Vorsitz Vertreter der Beitrittsstaaten, der Nachbarstaaten und nichtstaatlicher Organisationen.

Die Ministerinnen und Minister

- waren der festen Überzeugung, dass eine integrierte Stadt- und Raumentwicklungspolitik erforderlich ist, um einen wichtigen Beitrag zur qualitativen Verbesserung der Lebenssituation der europäischen Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in ihrer unmittelbaren gesellschaftlichen, kulturellen, ökologischen und wirtschaftlichen Umgebung leisten zu können und
- bekräftigten ihren Willen, sich für eine Berücksichtigung der territorialen und städtischen Dimension bei der Konzeption von gemeinschaftlichen, nationalen, regionalen und kommunalen Politiken einzusetzen, wobei dem entsprechenden Entscheidungsfindungsprozess, durch den Politiken entwickelt werden, zunehmend Beachtung geschenkt werden sollte.
- waren übereinstimmend der Meinung, dass ihre informelle Zusammenarbeit dazu beitragen sollte, die vielfältigen Potenziale aller Städte und Regionen in Europa zu ermitteln und zu aktivieren, um nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern sowie einen Beitrag zur sozialen und ökologischen Entwicklung zu leisten und auf diese Weise die Erreichung der in den Strategien von Lissabon und Göteborg dargelegten Ziele zu unterstützen.

**In Verfolgung dieser Ziele haben sich die Ministerinnen und Minister auf die folgenden Dokumente geeinigt:**

## **1. Die Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt**

Mit der Leipzig Charta verständigten sich die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister auf Leitlinien einer integrierten Stadtentwicklungspolitik, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimensionen abdeckt, einen wichtigen Baustein einer nationalen Stadtentwicklungspolitik bildet und Handlungsstrategien für

sozial und wirtschaftlich benachteiligte Stadtgebiete sowie für die gesamtstädtische Ebene entwickelt.

Durch den von ihr ausgelösten politischen Impuls bietet die Charta von Leipzig den einzelnen Mitgliedstaaten die Möglichkeit, mit ihren jeweiligen Erfahrungsberichten zur Anwendung von integrierten Stadtentwicklungsstrategien die Arbeit der europäischen Kommission, insbesondere den für 2010 vorgesehenen Bericht über den Follow-up-Prozess der Kohäsionspolitik, zu bereichern. Vor diesem Hintergrund kamen die Ministerinnen und Minister überein, in enger Zusammenarbeit einen Bericht zu erarbeiten und baten die am Ende des Jahres 2008 amtierende Dreierpräsidentschaft (Frankreich, Tschechische Republik, Schweden), diesen Bericht vorzulegen.

## **2. Die Territoriale Agenda der EU**

In der Territorialen Agenda der EU betonten die für Raumentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister, die regionale Vielfalt der EU im weiteren europäischen Integrationsprozess erhalten, die regionale Identität als eine „Stärke“ bei der Entwicklung der Regionen Europas nutzen und Komplementaritäten und Synergien zwischen den verschiedenen Gebieten fördern zu wollen. Sie vereinbarten eine enge Zusammenarbeit untereinander und mit der Europäischen Kommission bei der Umsetzung der Territorialen Agenda der EU.

In diesem Zusammenhang begrüßten sie die Einladung Portugals zu einem informellen Ministertreffen, auf dem ein Aktionsprogramm zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU angenommen werden soll.

3. Die Ministerinnen und Minister baten die deutsche Ratspräsidentschaft, die Institutionen der EU und die stadt- und raumentwicklungspolitisch relevanten EU-Ratsformationen über die Territoriale Agenda der EU und die Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt zu informieren.

Ferner behandelten die Ministerinnen und Minister eine Reihe weiterer politisch weitreichender Fragen:

4. Sie nahmen den Bericht Spaniens zum Thema „Wohnungspolitik in der EU: ein Instrument zur städtischen Erneuerung“ zur Kenntnis und empfahlen, den Einfluss der EU-Politik auf die nationale Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik zu einem ständigen Thema bei zukünftigen Treffen der zuständigen Minister zu machen.
5. Die Ministerinnen und Minister haben den Bericht der Europäischen Kommission zur Umsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung und der territorialen Schwerpunktsetzung in den Nationalen Strategischen Rahmenplänen und den Operationellen Programmen der EU-Mitgliedstaaten für die Strukturfondsperiode 2007 – 2013 zur Kenntnis genommen. Sie wünschten, dass die neuen Strukturfondsprogramme dementsprechend zu einer wirksamen Umsetzung der Territorialen Agenda der EU und der Leipzig-Charta beitragen. Sie baten die Europäische Kommission, auf der Grundlage der Berichte der Mitgliedstaaten, in dem bis zum 01. April 2010 vorzulegenden Strategiebericht eine Analyse darüber vorzulegen, wie sich die Berücksichtigung der städtischen und territorialen Dimension in den Strukturfondsprogrammen unterstützend auf die integrierte Stadtentwicklung und den territorialen Zusammenhalt ausgewirkt hat.
6. Sie haben den Bericht Portugals „Städtische und territoriale europäische Netzwerke zum Austausch von Erfahrungen, Kenntnissen und Kompetenzen und zur Schaffung von neuem Wissen“ zur Kenntnis genommen, den Handlungsschwerpunkten des Berichts zugestimmt und die Notwendigkeit betont, diesen Erfahrungsaustausch im

Sinne einer integrierten Politik für Städte und Regionen zu vertiefen. Die Ministerinnen und Minister baten Portugal als kommende Ratspräsidentschaft, gemeinsam mit der Europäischen Kommission diesen Prozess zu koordinieren. Die Ministerinnen und Minister betonten, dass sie die Mitteilung der Europäischen Kommission „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ befürworteten, und verpflichteten sich dazu, aktiv zur Umsetzung von europäischen Programmen wie URBACT und Interreg IV C beizutragen, um so den Erfahrungsaustausch zu fördern und die rasche Verbreitung bewährter Verfahren zu erleichtern. Sie nahmen zur Kenntnis, dass 14 Mitgliedstaaten, die sich am Europäischen Städtepolitischen Wissensnetzwerk (EUKN) beteiligt haben, zugesagt haben, nach Abschluss der Pilotphase weiterhin ihren finanziellen Beitrag zum EUKN für eine Zeit von bis zu drei Jahren zu leisten und sich dabei schwerpunktmäßig auf das EUKN Hauptprogramm zu konzentrieren.

7. Hinsichtlich neuer Finanzierungsinstrumente haben die Ministerinnen und Minister die EU-Initiativen JESSICA und JEREMIE als viel versprechende Instrumente zur Finanzierung von Investitionen für Stadtentwicklung begrüßt. Sie baten die Kommission, über die Fortschritte in der Umsetzung dieser Instrumente bei einem zukünftigen informellen Ministertreffen zu berichten. Sie waren der Meinung, dass eine Arbeitsgruppe die diversen Fragen in Bezug auf die Umsetzung der Initiative JESSICA ermitteln und beantworten sollte, und baten Deutschland, die Initiative zur Bildung dieser Arbeitsgruppe zu ergreifen.

Sie nahmen den Bericht der unter der Präsidentschaft des Vereinigten Königreichs eingesetzten Expertengruppe (Bristol 2005) zum Thema “Rolle der Europäischen Investitionsbank für eine nachhaltige Stadtentwicklung” mit den “Schlussfolgerungen und Empfehlungen” zur Kenntnis (Anhang 1). Sie regten an, dass sich die Europäische Investitionsbank gemäß ihrem politischen Auftrag nach Artikel 267 des EG-Vertrages verstärkt konzentrieren sollte auf i) die Entwicklung innovativer, auf die Investitionsbedürfnisse und Risikoprofile im städtischen Zusammenhang zugeschnittener Finanzprodukte, ii) ein stärkeres Engagement in benachteiligten Stadtgebieten, insbesondere durch Übernahme größerer Risiken, iii) die Bereitstellung technischer und projektbezogener Beratung für EU-Mitgliedstaaten und iv) die Veröffentlichung von Richtlinien über die Bedingungen für ihre Finanzierungsentscheidungen.

Die Ministerinnen und Minister baten die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank, ihnen in der Zeit der am Ende des Jahres 2008 amtierenden Dreierpräsidentschaft (Frankreich, Tschechische Republik und Schweden) eine Stellungnahme zu den Fragen und Empfehlungen der Arbeitsgruppe zukommen zu lassen.

8. Sie ersuchten das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und die Europäische Kommission, in einen Dialog mit den Mitgliedstaaten darüber einzutreten, wie die möglichen Auswirkungen der europäischen Gesetzgebung auf eine nachhaltige Stadt- und Raumentwicklung untersucht und berücksichtigt und wie EU-Politik und EU-Initiativen, die die Bereiche Stadt- und Territorialpolitik betreffen, besser koordiniert werden können. Die Untersuchung und Koordinierung sollten im Rahmen bestehender Institutionen und Verfahren, wie zum Beispiel Folgeabschätzungen, stattfinden. Die Ministerinnen und Minister baten die Europäische Kommission, 2010 über diese Themen Bericht zu erstatten.
9. Sie dankten der Europäischen Kommission für die Darstellung ihrer strategischen Überlegungen zum geplanten Grünbuch „Stadtverkehr“ und unterstrichen, dass mit diesem Grünbuch – bei Wahrung der Subsidiarität - die politische Auseinandersetzung über die Rolle und Funktion des Stadtverkehrs als wichtigem

Element einer integrierten nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik beginnen müsste. Die Ministerinnen und Minister baten die Dreierpräsidentschaft (Portugal, Slowenien und Frankreich) den mitgliedstaatlichen Diskussionsprozess zu diesem Grünbuch zu vertiefen.

10. Sie brachten ihre Absicht, eine stärkere politische Anerkennung der städtischen und territorialen Dimension der Strategien von Lissabon und Göteborg zu erzielen, zum Ausdruck. Auf einzelstaatlicher Ebene riefen sie zu einer verstärkten Zusammenarbeit und mehr Dialog zwischen den Behörden, die für die Umsetzung des Nationalen Reformprogramms (NRP) unter der Lissabon-Strategie verantwortlich sind, und den für die territoriale Dimension zuständigen Behörden auf. Auf Gemeinschaftsebene baten sie Slowenien, die Territoriale Agenda der EU und die Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt in die Vorbereitungen für den Europäischen Rat im Frühjahr 2008 einzubringen. Sie sagten hierfür ihre volle Unterstützung zu.
11. Die Ministerinnen und Minister kamen überein, in ihren jeweiligen Staaten eine politische Debatte zu initiieren, wie zwischen den Prioritäten der Territorialen Agenda der EU und der Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt Synergien hergestellt werden können und wie die städtischen und territorialen Aspekte der Strategischen Leitlinien der Gemeinschaft in nationale, regionale und kommunale Entwicklungspolitiken integriert werden können. Sie baten die Europäische Kommission, einen Bericht zum territorialen Zusammenhalt bis 2008 als Beitrag zu dieser Debatte zu erarbeiten.
12. Die Ministerinnen und Minister nahmen die Ergebnisse der territorialen Zusammenarbeit und der Europäischen Raumbewertung (ESPON 2006) in der Strukturperiode 2000 bis 2006 zur Kenntnis und kamen überein, ESPON 2007 und das neue Ziel 3-Instrument – die europäische territoriale Zusammenarbeit - zu unterstützen und für die Umsetzung der Territorialen Agenda der EU und der Leipzig Charta zu nutzen. Sie sahen insbesondere Bedarf an Projekten der territorialen Zusammenarbeit zu regionalen und städtischen Folgen aus dem Klimawandel, die es den Städten ermöglichen, Vorbeugungs-, Schadensbegrenzungs- und Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen, sowie Bedarf an Projekten zur besseren Vernetzung von Regionen und Städten im Zuge sich herausbildender europäischer Entwicklungskorridore und an Kooperationsprojekten zur Bewältigung der Auswirkungen des durch Bevölkerungsalterung und Zuwanderung bedingten demographischen Wandels.